

NEIN ZUR WOHNRAUMSTRATEGIE

**SUBVENTIONEN FÜR
TEURE WOHNUNGEN
GEMEINDE GREIFT IN
DEN MIETMARKT EIN**

**40 MIO. BLANKOCHECK
FÜR GEMEINDERAT
MILLIONENENTSCHEIDE
GEHÖREN VORS VOLK**

4x NEIN am 8. März



WARUM NEIN ZUR WOHNRAUMSTRATEGIE

NEIN ZU MIETZINSBEITRÄGEN AN HAUSHALTE!

Abstimmungsfrage 1: Neues Reglement Wohnraumförderung
Der Gemeinderat will auf Basis eines neuen Reglementes Mietzinsbeiträge direkt an einzelne Haushalte zahlen. Wenn bei jemandem die Miete einen grossen Anteil des Einkommens ausmacht, übernimmt die Gemeinde einen Teil der Kosten.

Warum wir dagegen sind:

So wird die Nachfrage subventioniert und der Wohnungsmarkt weiter angeheizt. Es entsteht ein neues, kompliziertes System mit Regeln und Beträgen, welche der Gemeinderat jederzeit anpassen kann. Objektungebundene Mietzinsbeiträge torpedieren das kantonale Wohnbauförderungsgesetz (WFG).

Was aktuell gilt:

Bei echten Notlagen greift bereits die bewährte wirtschaftliche Sozialhilfe. Mietzinsbeiträge für WFG-Wohnungen sind heute schon möglich und werden optimiert. Es sind weitere WFG-Wohnungen in Planung.

NEIN ZU MEHR MACHT FÜR DEN GEMEINDERAT!

Abstimmungsfrage 2: Anpassung Gemeindeordnung
Der Gemeinderat will für die Wohnraumförderung eigenständig Bürgschaften bis zu 10 Mio. Franken und Baurechte bis zu 20 Mio. Franken vergeben können.

Warum wir dagegen sind:

Baurechte binden die Gemeinde über mehrere Jahrzehnte und bergen hohe rechtliche sowie finanzielle Risiken. Fehler lassen sich kaum korrigieren. Entscheide mit weitreichenden Auswirkungen werden vom Volk weg ins Sitzungszimmer des Gemeinderates verlagert.

Was aktuell gilt:

Die Gemeinde kann heute schon durchdachte und wirksame Projekte der Wohnraumförderung unterstützen. Für das gibt es halbjährliche Gemeindeversammlungen oder Urnenabstimmungen.

NEIN ZU BLANKOCHECKS FÜR DARLEHEN!

Abstimmungsfrage 3: Rahmenkredit für Darlehen
Der Gemeinderat soll neu Darlehen bis zu 20 Mio. Franken in eigener Kompetenz vergeben können. Dies ohne Zustimmung des Stimmvolkes.

Warum wir dagegen sind:

Eine Erhöhung der Kompetenz für den Gemeinderat birgt, unter Betrachtung des Finanzplanes und den geplanten sowie budgetierten Investitionen, hohe Risiken.

Was aktuell gilt:

Höhere Darlehen als 3 Mio. Franken müssen vom Stimmvolk bewilligt werden und wurden in der Vergangenheit auch genehmigt.

NEIN ZU GRUNDSTÜCKKÄUFEN OHNE VOLKSENTSCHEID!

Abstimmungsfrage 4: Rahmenkredit für Grundstückkäufe
Der Gemeinderat soll Grundstücke und Immobilien bis zu 20 Mio. Franken kaufen können. Dies ohne konkreten Projektbeschluss durch das Volk.

Warum wir dagegen sind:

Die Gemeinde kauft zum Marktpreis. Es soll weiterhin der Souverän entscheiden, ob Grundstücke gekauft werden sollen oder nicht. So wie dies beim Technikum der Fall war.

Was aktuell gilt:

Der Gemeinderat besitzt heute, mit Zustimmung der RPK, eine Ausgabenkompetenz von 3 Mio. Franken für Grundstück- und Immobilienkäufe.

Wünschen Sie detailliertere Informationen, warum wir die Wohnraumstrategie des Gemeinderates ablehnen, besuchen Sie unsere Website: chomitee.ch

